

## Jahresmedienkonferenz vom 5. April 2022

Urban Angehrn, Direktor

# Ukraine-Krise: Vielschichtige Risiken für die Finanzinstitute

Sehr geehrte Damen und Herren

Marlene Amstad hat es erwähnt. Gegenwärtig beschäftigt auch uns der Ukraine-Konflikt stark. Dieser Krieg in Europa macht uns alle sehr betroffen – allem voran das menschliche Leid. Als Aufsichtsbehörde haben wir auch in solchen Situationen unser Mandat zu erfüllen. Gerne zeige ich Ihnen als erstes auf, welches in dieser Krise die Anknüpfungspunkte für die Aufsichtstätigkeit sind.

Bezüglich des Ukraine-Kriegs können wir zusammengefasst festhalten, dass dieser Konflikt für die Schweizer Finanzbranche vielfältige und für einzelne Institute akzentuierte Risiken mit sich bringt. Wir haben diese wachsam im Auge. Wir schätzen die Lage aktuell so ein, dass der Konflikt keine flächendeckende Gefahr für den Schweizer Finanzmarkt darstellt.

Lassen Sie mich kurz ausführen. Als FINMA ist unser Mandat der Individual- und der Systemschutz. Wir blicken daher vor allem auf die Risiken, das heisst auf mögliche negative Szenarien. In der gegenwärtigen Krise interessiert uns zunächst, welche Institute, mit welchen Dienstleistungen, und in welchem Ausmass exponiert sind. Ziel ist es, frühzeitig Klumpenrisiken und allfälliges Ansteckungspotenzial zu erkennen.

Wir stehen deshalb mit den beaufsichtigten Instituten in engem Kontakt und fordern alle zur Einschätzung der Situation relevanten Informationen ein. Wir sind über das direkte Geschäft der von uns beaufsichtigten Banken und Versicherungen gegenüber den betroffenen Staaten informiert, und haben die Situation bei den meistbetroffenen Instituten vertieft. Tatsächlich sind einige Finanzinstitute punktuell im Zusammenhang mit dem Konflikt stärker exponiert. Jedoch besteht aus unserer Sicht gegenwärtig keine systembedrohende Lage.

Welche Gefahren können sich nun für die Schweizer Banken aus dem Konflikt konkret ergeben? Im Fokus der FINMA stehen einerseits prudentielle Aspekte, also Fragen der Liquiditäts- und Kapitalressourcen im Vergleich zum eingegangenen Risiko. Andererseits interessieren uns auch der Umgang mit Sanktionen sowie operative Risiken.

Die prudentielle Sicht blickt auf die finanziellen Risiken: Dazu zählen ausstehende Kredite gegenüber russischen Schuldnern oder direkte Anlagen in russischen Wertschriften. Weiter kann das Lombardkredit- oder Derivate-Geschäft mit entweder russischen Basiswerten oder mit potenziell sanktionierten russischen Gegenparteien problematisch sein. Hier besteht die Gefahr, dass man nicht aus diesen Transaktionen aussteigen kann und auch keine Margen mehr austauschen kann. Aber auch der von

Banken finanzierte Rohstoffhandel mit russischen Gegenparteien oder russischen Gütern kann potenziell nicht mehr abgewickelt werden und somit Verluste bringen.

Eine zweite Gruppe von Risiken betrifft den rechtlichen Rahmen und die Compliance. Das korrekte Einhalten von Sanktionen erfordert eine hohe Sorgfalt. Denn es kann durchaus rechtliche Unklarheiten im Umgang mit den betroffenen Kundinnen und Kunden geben. Wir, und natürlich auch das in dieser Sache federführende SECO, erhalten von den Beaufsichtigten viele Fragen dazu: Welche Bankgeschäfte sind überhaupt noch erlaubt? Wie müssen die Sanktionen interpretiert werden?

Hier ist unsere Erwartung klar: Die Branche muss ihre Geschäfte einwandfrei führen, und dazu gehört, dass Sanktionen eingehalten werden. Wir haben gegenwärtig aber keine Hinweise, dass dem nicht so wäre. Im Gegenteil: Die Banken nehmen das Thema Sanktionen sehr ernst. Der Umgang damit ist für die Institute keineswegs neu, aber der Umfang und die Komplexität haben stark zugenommen.

Unabhängig von den Sanktionen gelten darüber hinaus die üblichen Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung der Geldwäscherei, im Speziellen bei Geschäften mit politisch exponierten Personen. Diese sind ebenfalls wie gewohnt einzuhalten.

Drittens bestehen operationelle Risiken im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt. Allen voran müssen wir mit zunehmenden Cyberangriffen rechnen. Auch zu diesem Thema haben wir die Beaufsichtigten befragt. Wir haben bisher allerdings noch keine Anzeichen, dass es breitgestreute oder systematische Angriffe gibt. Die Institute müssen aber sehr wachsam sein, denn die Lage kann sich schon morgen verschärfen. Zudem stehen die Institute in der Pflicht, allfällige Vorkommnisse der FINMA zu melden.

Operative Schwierigkeiten kann es letztlich auch im Zahlungsverkehr geben, nämlich dann, wenn Korrespondenzbanken wegfallen und keine Zahlungen in Rubel mehr durchgeführt werden können.

Diese drei Risikotypen – prudentiell, rechtlich und operationell – manifestieren sich in sehr unterschiedlicher Art in jedem Einzelfall. Unser Vorgehen ist wie üblich risikoorientiert: Grössere und Exponiertere stehen stärker im Aufsichtsfokus als Kleinere oder weniger Exponierte.

Die FINMA kann wo notwendig spezifische Massnahmen von den beaufsichtigten Instituten verlangen. Damit schützt sie zum Beispiel die Einlegerinnen und Einleger einer Bank. Die FINMA verfügt dafür über weitreichende Instrumente. Diese setzt sie bei Bedarf ein, um das Finanzaufsichtsrecht durchzusetzen. Bei konzentrierten finanziellen Risiken stehen vorab Eigenmittelzuschläge im Zentrum. Die FINMA kann aber auch punktuell in die Geschäftstätigkeit eingreifen und falls angezeigt sogar bestimmte Geschäfte und Transaktionen einschränken oder temporär ganz verbieten. In besonders zeitkritischen Fällen muss die FINMA sogar kurzfristig Schutzmassnahmen anordnen, wie kürzlich bei der Sberbank (Switzerland).

Bei allem was wir heute wissen, kann ich sagen, dass das Russland-Geschäft der Schweizer Finanzinstitute insgesamt zwar nicht unbedeutend ist, jedoch eher klein im Vergleich mit anderen Zielmärkten. Natürlich gibt es einige wenige Institute, die stärker betroffen sind. Aber insgesamt sind die Risiken durch Erstrundeneffekte für den Finanzplatz überschaubar. Wir beobachten die Situation weiterhin, so auch, ob der Krieg weitere, indirekte Effekte auf die Finanzmärkte hat. Vor allem aber wünschen wir uns und hoffen, dass dieser Konflikt baldmöglichst beigelegt wird.

## Hypothekarmarkt im Fokus

Nun zu einem ganz anderen Thema, dem Hypothekarmarkt in der Schweiz. Immobilien- und Hypothekarmärkte zeigen heute für Wohnliegenschaften klare Überhitzungstendenzen. Verschiedene Faktoren deuten auf eine Überbewertung solcher Immobilien hin. So sind die Immobilienpreise in den letzten zwanzig Jahren deutlich stärker gestiegen als die Konsumentenpreise, die Löhne oder das Bruttoinlandprodukt. Diese Tendenz hat sich seit Ausbruch der Corona-Pandemie gar noch akzentuiert.

Zweifellos gibt es auch Faktoren, die die Stabilität der Schweizer Immobilienmärkte begünstigen. So zum Beispiel die im internationalen Vergleich moderaten Schwankungen der Konjunktur, der attraktive Wirtschaftsstandort oder die stetige Zuwanderung.

Aufgrund unserer Analysen wissen wir aber, dass in einer schweren Immobilienkrise ein Teil der Banken aber auch der Versicherungsunternehmen deutlich unter die Schwelle der jeweils geltenden Kapitalanforderungen fallen würde. Diese müssten sich folglich rekapitalisieren. Der Schweizer Hypothekarmarkt ist mit einem Volumen von über 1100 Milliarden Franken grösser als die Bilanz einer systemrelevanten Grossbank und eineinhalb Mal so gross wie das Bruttoinlandprodukt der Schweiz. Eine Korrektur der Immobilienmärkte stellt daher für die Schweizer Volkswirtschaft, und insbesondere für stark exponierte Institute, ein materielles Klumpenrisiko dar.

In verschiedenen Zusammenhängen wird immer wieder diskutiert, den Zugang zu Hypothekarkrediten weiter zu erleichtern. Eine Lockerung der Vergabekriterien würde aber eine noch höhere Nachfrage nach Immobilien generieren. Speziell heute würde dies die bereits hohen Preise noch mehr in die Höhe treiben, bei gleichzeitig nur sehr langsam wachsendem Angebot.

Mit unserer Sicht auf die Finanzstabilität stehen wir solchen Lockerungen daher skeptisch gegenüber. Sie würden die heute schon signifikanten Risiken im Markt weiter erhöhen.

Gerne schlage ich abschliessend den Bogen zurück zu den Ausführungen von Marlene Amstad: Der Stabilität der Institute, also der guten Ausstattung der Kapital und Liquiditätspuffer, kommt bei jeder Form von Krisen eine zentrale Bedeutung zu. Dies gilt sowohl für Verwerfungen aufgrund des Ukraine-Kriegs oder für ungünstige Entwicklungen am Immobilienmarkt. Unsere Tätigkeit bleibt stets darauf fokussiert, die Stabilität der einzelnen Institute und damit des Finanzsystems hoch zu halten – dies im Interesse von uns allen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.